

---

## S 17 KR 1688/21

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	10
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

#### 1. Instanz

Aktenzeichen	S 17 KR 1688/21
Datum	14.06.2023

#### 2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 KR 660/23
Datum	06.11.2024

#### 3. Instanz

Datum	-
-------	---

**Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Köln vom 14.06.2023 wird zur¼ckgewiesen.**

**Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.**

**Die Revision wird nicht zugelassen.**

Â

#### Tatbestand:

Â

Die Klägerin begehrt die Übernahme von Straffungs-OPs des Gesäßes, der Oberschenkel (insoweit liposuktionsassistent), der Brust sowie des lateralen Thorax durch die beklagte Krankenkasse.

Â

---

Die Beklagte versorgte die Klägerin (\*Ä 00.00.0000) im Jahr 2012 mit einer Magenbypass-OP, in deren Folge die Klägerin ihr Körpergewicht von 130 kg auf 60 kg bei einer Körpergröße von 1,57 m reduzierte. Im Jahr 2017 unterzog sie sich ebenfalls im Rahmen der GKV zudem einer Operation zur Straffung der Bauchdecke.

Ä

Unter dem 11.05.2021 (*bei der Beklagten eingegangen am 14.05.2021*) beantragte die Klägerin bei der Beklagten die Übernahme der Kosten für eine Gesäßstraffung beidseits, eine liposuktionsassistierte Oberschenkelstraffung beidseits sowie eine Brust- und laterale Thoraxstraffung beidseits. Nach einer beigefügten Bescheinigung des Facharztes für Plastische Chirurgie U. bestanden bei der Klägerin ausgeprägte Hautweichteilüberschüsse im Bereich des Gesäßes des Gesäßes, der Oberschenkel. Diese nehme die Klägerin im Gesäßbereich durch schmerzhaftes Einklemmen, im Oberschenkelbereich als ein ausgeprägtes und schmerzhaftes Pendelgewicht mit Einschränkung jeglicher Aktivitäten wahr; vor allem im Bereich der Oberschenkelinnenseiten komme es durch schmerzhaftes Aneinanderreiben zu rezidivierenden Ekzemen. Auch die Brüste seien ausgesprochen ptotisch (Grad III); hier imponiere ein ausgeprägter lokaler Hautweichteilüberschuss mit therapieresistenten, rezidivierenden Ekzemen in den Umschlagsfalten. Die vorgeschlagenen Eingriffe seien aufgrund einer ausgeprägten statisch-muskulären Dysbalance des Rumpfes indiziert. Die Operationen sollten zeitversetzt im Abstand von jeweils drei bis sechs Monaten und jeweils stationär (mit Verweildauern zwischen drei und sechs Tagen) erfolgen.

Ä

Die Beklagte beauftragte den MDK mit einer Begutachtung (*Unterrichtung der Klägerin hierüber mit E-Mail vom 17.05.2021*), der zu folgender Einschätzung gelangte (*Sozialmedizinisches Gutachten vom 01.06.2021*), dass die bei der Klägerin bestehenden Hautweichteilüberschüsse in Bereich der Brüste, des Gesäßes und der Oberschenkelinnenseiten in keinem Bereich ein derart erhebliches morphologisches Ausmaß hätten, dass daraus alltagsrelevante funktionelle Behinderungen resultierten. Die geklagte Hautproblematik, insbesondere therapieresistente intertriginöse Beschwerden, sei nicht belegt. Eine seitens des Hausarztes angegebene psychische Belastung könne nicht berücksichtigt werden.

Ä

Gestützt auf das MDK-Gutachten lehnte die Beklagte eine Kostenübernahme ab (*Bescheid vom 08.06.2021*).

Ä

Auf den hiergegen erhobenen Widerspruch holte die Beklagte eine erneute

---

Stellungnahme des (nunmehr nach Umbenennung) MD ein, der an seiner Einschätzung festhielt (*Sozialmedizinisches Gutachten vom 06.08.2021*).

Â

Sodann wies die Beklagte den Widerspruch zurück (*Widerspruchsbescheid vom 21.09.2021*).

Â

Die Klägerin hat am 08.10.2021 Klage zum Sozialgericht Köln erhoben.

Â

Sie hat vorgetragen, die Operationen seien medizinisch indiziert. Aufgrund des erheblichen Hautüberschusses (*am Gesäß mehr als 20 cm, im Innenbereich beider Oberschenkel 16 cm; Brustweite ptotisch Grad III*) leide sie unter starken Schmerzen, zudem komme es zu funktionellen und messbaren Beeinträchtigungen. Sowohl sportliche Aktivitäten als auch das bloße Sitzen und Fortbewegen seien stark eingeschränkt. Die Haut reibe permanent gegeneinander und verursache so starke Schmerzen, insbesondere im Gesäßbereich beim Liegen und Sitzen. Die Operationen seien zudem aufgrund einer ausgeprägten statisch-muskulären Dysbalance des Rumpfes notwendig. Durch enormen pflegerischen Aufwand versuche sie, die Bildung von Ekzemen, Schuppenflechte sowie anderen Entzündungen und Infektionen zu verhindern, wobei dies gerade in den wärmeren Monaten schier unmöglich sei. Sie trage dauerhaft und jeden Tag Kompressionswäsche, nehme regelmäßig Schmerzmittel und verwende Salben. Darüber hinaus sei die Magenbypass-Operation kausal für die nunmehr bestehenden Beeinträchtigungen.

Â

Die Klägerin hat beantragt,

Â

den Bescheid vom 08.06.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.09.2021 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Kosten einer postbariatrischen Wiederherstellung in Form von Gesäßstraffung, liposuktionsassistierter Oberschenkelstraffung und Brust- und lateraler Thoraxstraffung beidseitig zu übernehmen.

Â

Die Beklagte hat beantragt,

Â

---

die Klage abzuweisen.

Â

Sie hat den angefochtenen Bescheid verteidigt. ÂberschÂssige Haut an Bauch und Oberschenkeln aufgrund Gewichtsverlustes nach einer variablen Operation stelle fÂr sich genommen keinen krankhaften Befund dar. Dermatologische Erkrankungen seien grundsÃtzlich mit den Mitteln dieser Fachrichtung zu behandeln.

Â

Das Sozialgericht hat Behandlungs- und Befundberichte der HautÃrztin N. vom 21.02.2022 sowie des Internisten G. vom 04.03.2022 eingeholt und sodann Beweis erhoben durch Einholung eines schriftlichen SachverstÃndigengutachtens bei der FachÃrztin fÂr Chirurgie â Plastische Chirurgie â und Sozialmedizinerin B.. DarÂber hinaus hat das Sozialgericht auf Antrag der KlÃgerin den Facharzt fÂr Plastische Chirurgie E. gemÃÃ [Â§ 109 SGG](#) schriftlich als SachverstÃndigen gehÃrt. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf den Inhalt der beiden Gutachten vom 07.06.2022 bzw. 17.01.2023 ebenso Bezug genommen wie auf die vom Sozialgericht eingeholte ergÃnzende Stellungnahme der SachverstÃndigen B. vom 11.04.2023.

Â

Sodann hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen (*Urteil vom 14.06.2023*). Werde durch eine Operation in ein funktionell intaktes Organ eingegriffen und dieses regelwidrig verÃndert, bedÃrfe diese mittelbare Behandlung einer speziellen Rechtfertigung. Die ÂberschÂssige Haut der KlÃgerin stelle fÂr sich genommen keinen krankhaften Befund bzw. regelwidrigen KÃrperzustand dar. Dass eine ausgeprÃgte Hautfaltenbildung vom Normalbefund des KÃrpers abweiche, reiche nicht aus, um ihr Krankheitswert zuzusprechen. Auch aus dermatologischen GrÃnden bestehe kein Anspruch auf die streitgegenstÃndlichen Hautstraffungen. GrundsÃtzlich seien dermatologische Erkrankungen mit den Mitteln dieser Fachrichtung zu behandeln. Sollte sich herausstellen, dass mit diesen Mitteln kein dauerhafter Erfolg erzielt werden kÃnne, so wÃre erst im Anschluss zu prÃfen, ob â als Ultima Ratio â eine Hautstraffung notwendig sei. DafÂr sei nach den AusfÃhrungen der SachverstÃndigen B. nichts ersichtlich. Bei deren Untersuchung habe sich im Bereich der Haut ein normgerechter Befund gezeigt. Aus einer Fotodokumentation werde ersichtlich, dass keinerlei Hautreizungen bestÃnden; die von der KlÃgerin in eigener Regie durchgefÃhrten PflegemaÃnahmen also erfolgreich seien. In Âbereinstimmung damit sei die KlÃgerin nach der Behandlungsdokumentation ihrer HautÃrztin nicht in regelmÃÃiger dermatologischer Behandlung. Die AusfÃhrungen des SachverstÃndigen E. seien insoweit daher nicht ansatzweise nachvollziehbar. BezÃglich der Bewertung der dermatologischen Erkrankungsbilder weise das Gutachten Diskrepanzen auf. Es finde keinerlei kritische Auseinandersetzung mit der fehlenden Inanspruchnahme

---

fachdermatologischer Behandlung durch die Klägerin statt. Erhebliche funktionelle Beeinträchtigungen der Körperfunktionen durch die Hautüberschüsse seien nach den Ausführungen B.s ebenfalls nicht ersichtlich. E. habe im Rahmen seiner orientierenden Untersuchungen der Wirbelsäule zwar Druckschmerzen und Muskelverhärtungen festgestellt, in seinem Gutachten finde sich jedoch keine nachvollziehbare Herleitung, dass diese auf orthopädischem Fachgebiet bestehenden Beschwerden durch die überschüssige Haut verursacht würden. Hinzuweisen sei darauf, dass die Klägerin nicht in fachorthopädischer Behandlung sei. Es leuchte nicht ein, warum E. einen operativen Eingriff als erforderlich erachte, wenn nicht einmal konservative Behandlungsmethoden (Physiotherapie, fachorthopädische Behandlung) versucht worden seien. Darüber hinaus habe die Klägerin gegenüber B. geschildert, in Ihren Alltagsaktivitäten nicht eingeschränkt zu sein und einer vollschichtigen Berufstätigkeit als Schneiderin (Ausbilderin) in der JVA Siegburg nachzugehen. Eine schmerzbedingte Notwendigkeit, die begehrten Operationen durchzuführen, sei ebenfalls nicht ersichtlich. Die Klägerin sei nicht in qualifizierter schmerztherapeutischer Behandlung. Es gebe keinen Nachweis darüber, dass die von ihr geschilderten Schmerzen auf die Hautüberschüsse zurückzuführen seien. Hautüberschüsse aufgrund einer Gewichtsreduktion nach einer bariatrischen Operation seien nicht mit einer Brustrekonstruktion bei Mammakarzinom vergleichbar. Im einen Fall gehe es um den Ausgleich der unmittelbaren Folgen der Krankenbehandlung an dem erkrankten und von der Behandlung betroffenen Organ (Brust) und im anderen Fall um den mittelbaren Ausgleich an einem zunächst von der Krankheit (Adipositas) bzw. deren Behandlung (bariatrische Operation) nicht betroffenen Organ.

Ä

Gegen das ihren Prozessbevollmächtigten am 28.06.2023 zugestellte Urteil wendet sich die Klägerin mit ihrer am 12.07.2023 eingelegten Berufung.

Ä

Zur Begründung wiederholt und vertieft sie ihr Vorbringen aus dem Klageverfahren.

Ä

Sie beantragt schriftsätzlich,

Ä

das Urteil des Sozialgerichts Köln vom 14.06.2023 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 08.06.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.09.2021 zu verurteilen, die Kosten einer postbariatrischen Wiederherstellung in Form von Gesetz Straffung, liposuktionsassistierter Oberschenkelstraffung und Brust- und lateraler Thoraxstraffung beidseitig zu übernehmen.

---

Â

Die Beklagte beantragt schriftsÄtzlich,

Â

die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts KÄ¶In vom 14.06.2023 zurÄ¼ckzuweisen.

Â

Sie hÄ½lt das angegriffene Urteil fÄ½r rechtmÄ½ig.

Â

Der Senat hat Behandlungs- und Befundberichte der HautÄ½rztin N., des Hautaztes O. sowie des OrthopÄ½den X. angefordert und sodann hat Beweis erhoben durch Einholung einer ergÄ½nzenden Stellungnahme der erstinstanzlich gehÄ½rten SachverstÄ½ndigen B.. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf den Inhalt der angeforderten Befundberichte sowie der Stellungnahme vom 25.04.2024 verwiesen.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakten sowie des beigezogenen Verwaltungsvorgangs Bezug genommen. Dieser ist Gegenstand der Senatsberatung gewesen.

Â

Â

### **EntscheidungsgrÄ½nde:**

Â

Die Berufung der KlÄ½gerin gegen das Urteil des Sozialgerichts KÄ¶In vom 14.06.2023 ist zulÄ½ssig, aber unbegrÄ½ndet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen.

Â

Der angefochtene Bescheid vom 08.06.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.09.2021 ([Ä½Ä 95 SGG](#)) ist rechtmÄ½ig und die KlÄ½gerin nicht beschwert ([Ä½Ä 54 Abs. Ä 2 S. Ä 1 SGG](#)). Die KlÄ½gerin hat keinen Anspruch auf Versorgung mit den begehrten Wiederherstellungsoperationen in Form der GesÄ½Ä½straffung beidseits, einer liposuktionsassistierten Oberschenkelstraffung beidseits sowie einer Brust- und lateralen Thoraxstraffung

---

beidseits als Sachleistungen.

Â

Gemäß [Â§ 27 Abs. 1 S. 1](#) und 2 Nr. 5 SGB V haben Versicherte Anspruch auf Krankenbehandlung – darunter Krankenhausbehandlung –, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Krankheit ist dabei ein regelwidriger, vom Leitbild des gesunden Menschen abweichender körper- oder Geisteszustand, der ärztlicher Behandlung bedarf oder den Betroffenen arbeitsunfähig macht. Krankheitswert im Rechtssinne kommt nicht jeder körperlichen Unregelmäßigkeit zu. Erforderlich ist vielmehr, dass der Versicherte in seinen körperlichen Funktionen beeinträchtigt wird oder dass er an einer Abweichung vom Regelfall leidet, die entstellend wirkt (BSG, Urteil vom 10.03.2022 – [B 1 KR 3/21 R](#) – Rn. 10; zum Ganzen auch Nolte in BeckOGK, [Â§ 27 SGB V](#) Rn. 9 ff.; jeweils m.w.N.).

Â

Anspruch auf vollstationäre Behandlung durch ein zugelassenes Krankenhaus, wie sie die Klägerin ausweislich der ihrem Antrag beigefügten Bescheinigung U.s begehrt, haben Versicherte gemäß [Â§ 39 Abs. 1 S. 2 SGB V](#), wenn die Aufnahme oder die Behandlung im häuslichen Umfeld nach Prüfung durch das Krankenhaus erforderlich ist, weil das Behandlungsziel nicht durch teilstationäre, vor- und nachstationäre oder ambulante Behandlung einschließlich häuslicher Krankenpflege erreicht werden kann.

Â

Wird chirurgisch in ein funktionell intaktes Organ eingegriffen und dieses regelwidrig verändert, um mittelbar ein anderes Leiden zu behandeln, muss der Eingriff danach Ultima Ratio sein. Der Begriff der Ultima Ratio ist insoweit rechtlicher Aspekt der Erforderlichkeit ([Â§ 39 Abs. 1 S. 2 SGB V](#)). Eine mittelbare Behandlung bedarf mithin einer speziellen Rechtfertigung, wobei die Art und Schwere der Erkrankung, die Dringlichkeit der Intervention, die Risiken und der zu erwartende Nutzen der Therapie sowie etwaige Folgekosten für die Krankenversicherung gegeneinander abzuwägen sind (jeweils zu einer Magenverkleinerung vgl. BSG, Urteil vom 22.06.2022 – [B 1 KR 19/21 R](#) – Rn. 20 ff.; Urteil vom 19.02.2003 – [B 1 KR 1/02 R](#) –, juris Rn. 12; zu postbariatrischen Hautstraffungen: Urteil des Senats vom 03.07.2024 – [L 10 KR 475/22](#) –; Hessisches LSG, Urteil vom 02.05.2024 – [L 1 KR 247/22](#) –, juris Rn. 26; Schleswig-Holsteinisches LSG, Urteil vom 21.06.2022 – [L 10 KR 178/17](#) –, juris Rn. 30; Bayerisches LSG, Urteil vom 04.12.2018 – [L 20 KR 406/18](#) –, juris Rn. 57; wiederum jeweils m.w.N.).

Â

Ausgehend hiervon steht der Klägerin kein Anspruch auf die begehrten

---

Hautstraffungsoperationen aufgrund der insoweit geltend gemachten Beschwerden zu (*dazu 1*). Weiter ergibt sich ein Anspruch auch nicht unter dem Gesichtspunkt einer Entstellung (*dazu 2*) und auch nicht, weil der Gewichtsverlust und damit das Entstehen der Hautüberschussse kausal auf die vorangegangene Magenbypass-Operation zurückzuführen wäre (*dazu 3*).

Ä

1. Die mit der Klage geltend gemachten Beschwerden begründen keine Ultima-ratio-Situation. Dies gilt für die geklagten Funktionseinschränkungen und Schmerzen (*dazu a*) wie auch die geltend gemachten Hautbeschwerden (*dazu b*).

Ä

a) Etwaige überschüssige Haut stellt nach wohl überwiegender Auffassung in der Rechtsprechung für sich genommen schon keine Krankheit im Gesetzessinne dar (vgl. BayLSG, Urteil vom 04.12.2018 [L 20 KR 406/18](#), juris Rn. 58; HessLSG, Beschluss vom 05.09.2018 [L 8 KR 254/17](#), juris Rn. 20). Dabei bedarf es vorliegend keiner Entscheidung des Senats, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Hautüberschüssen als solchen ausnahmsweise Krankheitswert zukommen kann. Denn um einer körperlichen oder seelischen Abweichung vom Leitbild des gesunden Menschen Krankheitswert beizumessen, muss durch diese die Ausübung der psychophysischen Funktionen erschwert werden; die Funktionsstörung muss ein Ausmaß erreichen, das aus objektiver medizinischer Sicht eine ärztliche Behandlung erfordert (BSG, Urteil vom 10.03.2022, [a.a.O.](#) Rn. 13 m.w.N.; vgl. auch Urteil des Senats vom 03.07.2024, [a.a.O.](#)).

Ä

Letzteres ist bei der Klägerin nach dem Gesamtergebnis der Beweisaufnahme nicht der Fall. Die Klägerin behauptet hierzu, sowohl sportliche Aktivitäten als auch das bloße Sitzen und Fortbewegen seien stark eingeschränkt. Ihre Haut reibe permanent gegeneinander und verursache so starke Schmerzen, insbesondere im Gesäßbereich beim Liegen und Sitzen. Dieses Vorbringen deckt sich mit dem vom Sozialgericht eingeholten Befundbericht, in dem der Internist G. der Klägerin chronische Schmerzen und eine psychische Belastung attestiert und eine Vorstellung beim plastischen Chirurgen dringend [empfehl]t. Auch U. hat bereits zur Begründung des ursprünglichen Antrags mitgeteilt, im Gesäßbereich beständen schmerzhaft einklemmungen und im Oberschenkelbereich Einschränkungen, weil die dortigen Hautüberschüsse als ausgeprägtes und schmerzhaftes Pendelgewicht wirkten. Hingegen ergibt sich aus der vom Orthopäden X. vorgelegten Patientenakte, dass die Klägerin anlässlich ihrer einmaligen Vorstellung am 01.09.2023 anamnestisch Schmerzen beim Sitzen beklagt habe, diese seien aber seinerzeit funktioneller Natur gewesen (*ISG-Blockade in Zusammenhang mit eingeschränkter Hüftgelenkbeweglichkeit*), eine Hautschärfenoperation sei daher aus orthopädischer Sicht irrelevant. Stattdessen hat er der Klägerin u.a. Chirotherapie empfohlen und stützende Einlagen verordnet.



---

Ä

Vor allem aber hat die vom Sozialgericht von Amts wegen gehörrte, auch dem Senat als sehr erfahren bekannte Sachverständige B. die von der Klägerin vorgebrachten Beschwerden nicht bestätigten können. Funktionelle Beeinträchtigungen hat die gerichtliche Sachverständige in nachvollziehbarer Weise verneint. Die Ptosis könne durch einen entsprechenden BH ausgeglichen werden. Der entgegenstehenden Einschränkung des auf Antrag der Klägerin gehörrten Sachverständigen E. vermag sich der Senat dagegen nicht anzuschließen. Dieser hat zwar mitgeteilt, insbesondere die Bewegungsfähigkeit der Klägerin sei durch die massiv herabfallenden Brustweite und die Hautfettlappen gestört. Selbst einfache Bewegungsformen könne sie nur eingeschränkt durchführen, vornübergebeugtes Arbeiten, Arbeiten im Knien oder Hocken seien ihr nur noch sehr eingeschränkt möglich. Unabhängig davon, dass weder die Sachverständige B. noch der Orthopäde X. dem Senat ausdrücklich nach Bewegungseinschränkungen und/oder Schmerzen aufgrund von Hautüberschüssen gefragt hat, keine derartigen Befunde erhoben haben, lassen sich die Feststellungen des Sachverständigen E. auch nicht mit den anamnestischen Angaben der Klägerin gegenüber B. in Einklang bringen, wonach sie zwei- bis dreimal in der Woche schwimmen gehe, zudem regelmäßig Fahrrad fahre und spazieren gehe sowie vollschichtig als Schneiderin in einer JVA erwerbstätig sei. E. teilt hierzu lediglich mit, die Klägerin habe anamnestisch angegeben, nicht regelmäßig Sport treiben zu können, ohne dies aber näher zu spezifizieren. Darüber hinaus hat E. im Rahmen der körperlichen Untersuchung zwar muskuläre Verhärtungen und Verspannungen sowie eine Druckschmerzhaftigkeit der gesamten Wirbelsäule festgestellt. Weshalb diese Beschwerden aber allesamt auf die streitbefangenen Hautüberschüsse zurückzuführen sein sollen und damit eine Besserung durch die begehrten Straffungsoperationen überhaupt zu erwarten wäre, legt er aber nicht dar. Dies ist umso auffälliger, nachdem der Orthopäde X. dem Senat wie erwähnt insoweit von funktionellen Beschwerden ausgeht.

Ä

b) Nichts anderes gilt mit Blick auf die geklagten Hautbeschwerden. Dabei kann auch hier offenbleiben, inwieweit nach einem Gewichtsverlust erschlaffte Haut noch als funktionell intaktes Organ betrachtet werden kann (so LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 17.11.2020 [L 16 KR 143/18](#), juris Rn. 27; BayLSG, a.a.O. Rn. 57). In jedem Fall sind dermatologische Erkrankungen mit den Mitteln dieser Fachrichtung zu behandeln. Erst im Anschluss, wenn sich herausstellen sollte, dass mit diesen Mitteln kein dauerhafter Erfolg erzielt werden kann, wäre zu prüfen, ob als Ultima Ratio eine Hautstraffung notwendig ist (LSG Hamburg, Urteil vom 17.07.2014 [L 1 KR 160/13](#), juris Rn. 24; so im Ergebnis auch BayLSG, a.a.O. Rn. 63). Eine Entfernung überschüssiger Hautlappen aus dermatologischen Gründen kommt danach nur in Betracht, wenn durch den Hautüberschuss ständige Hautreizungen wie Pilzbefall, Sekretionen oder entzündliche Veränderungen auftreten, die sich als dauerhaft therapieresistent erweisen (vgl. auch BSG, Beschluss vom 02.01.2023 [B 1 KR](#)

---

[70/21 B](#) *â*, *juris Rn.Â 11*; BayLSG, *a.a.O. Rn.Â 64*; LSG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 16.11.2006 *â* [L 4 KR 60/04](#) *â*, *juris Rn.Â 23*). Selbst eine zwar aufwendige, aber doch mÃ¶gliche dermatologische Behandlung von zeitweise auftretenden EntzÃ¼ndungen begrÃ¼ndet danach keine Notwendigkeit einer Hautstrafungsoperation (*vgl. LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 04.07.2019 â* [L 6 KR 55/15](#) *â*, *juris Rn.Â 35*).

Â

aa) Derart therapiefraktÃ¼re Hauterkrankungen vermag der Senat nicht mit der notwendigen Gewissheit festzustellen. Dabei bedarf es keiner weiteren Ermittlungen des Senats, welche Hauterkrankungen bei der KlÃ¤gerin Ã¼berhaupt gesichert vorliegen. Allein der SachverstÃ¤ndige E. hat insoweit im Bereich der Umschlagsfalten an beiden Oberschenkeln sowie submammÃ¤r Ekzem- und Erythembildungen festgestellt, wÃ¤hrend die SachverstÃ¤ndige B. ausdrÃ¼cklich keine Hinweise fÃ¼r das Vorliegen chronisch-entzÃ¼ndlicher oder gar therapierefraktÃ¼rer HautverÃ¤nderungen gesehen hat. Der Dermatologe O. hat in seinem vom Senat eingeholten Befundbericht die Frage, ob es aufgrund der HautÃ¼berschÃ¼sse insbesondere zu EntzÃ¼ndungen der Haut, Ekzemen, gerÃ¶teteten, wunden oder nÃ¤ssenden Hautstellen o.Ã¤. gekommen sei, ebenfalls verneint. Die Dermatologin N. hat gegenÃ¼ber dem Senat insoweit auf ihr Attest aus dem Verwaltungsverfahren verwiesen, wonach das Risiko einer Candidia intertrigo *â* *zusÃ¤tzlich in den feuchten Hautfalten submammÃ¤r erhÃ¶ht* *â* sei.

Â

bb) In jedem Fall ist aber eine zielgerichtete fachdermatologische Behandlung (*vgl. zu diesem Aspekt auch BSG, Beschluss vom 02.01.2023Â â* [B 1 KR 70/21 B,Â a.a.O.](#)) nicht feststellbar. Die KlÃ¤gerin behauptet hierzu zwar, sie versuche durch enormen pflegerischen Aufwand, die Bildung von Ekzemen, Schuppenflechte sowie anderen EntzÃ¼ndungen und Infektionen zu verhindern. In fachdermatologischer Behandlung stand und steht die KlÃ¤gerin aber dennoch allenfalls punktuell. So hat sie sich ausweislich der vom Senat eingeholten Befundberichte bei den Dermatologen O. und N. nur einmal (*am 14.07.2023*) bzw. zweimal (*am 04.05.2021 und 21.02.2021*) vorgestellt. O. verordnete ihr *â* *zudem wohl aufgrund der seinerzeit festgestellten Psoriasis vulgaris und erythematÃ¶sen HautverÃ¤nderungen an den Ellenbogen und vereinzelt am Rumpf â* lediglich eine Lokalthherapie mit MomegalenÂ® Creme. Inwieweit es Versicherten zumutbar sein kann, eine nur in Bezug auf die Symptome wirksame und ggf. aufwÃ¤ndige dermatologische Behandlung mÃ¶glicherweise ihr Leben lang durchzufÃ¼hren, kann danach vorliegend auf sich beruhen (*zur i.R.d. Ultima-ratio-PrÃ¼fung anzustellenden AbwÃ¤gung von Nutzen und Risiken vgl. BSG, Urteil vom 22.06.2022, a.a.O. Rn.Â 22*).

Â

2. Der mit der Klage geltend gemachte Anspruch besteht auch nicht unter dem Gesichtspunkt einer Entstellung.

---

Â

Eine körperliche Abnormität kann dann einen Anspruch auf Krankenbehandlung auslösen, wenn sie entstellend wirkt. Hierzu muss es sich jedoch objektiv um eine erhebliche Auffälligkeit handeln, die naheliegende Reaktionen der Mitmenschen wie Neugier oder Betroffenheit hervorruft und damit zugleich erwarten lässt, dass der Betroffene ständig viele Blicke auf sich zieht, zum Objekt besonderer Beachtung wird und sich deshalb aus dem Leben in der Gemeinschaft zurückziehen und zu vereinsamen droht, sodass die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gefährdet ist. Maßgeblich ist, dass die körperliche Auffälligkeit in einer solchen Ausprägung vorhanden sein muss, dass sie sich schon bei flüchtiger Begegnung in alltäglichen Situationen quasi „im Vorbeigehen“ bemerkbar macht (BSG, Urteil vom 10.03.2022, [a.a.O.](#) Rn. 16 f. m.w.N.). Grundsätzlich unbeachtlich sind danach Auffälligkeiten an Körperstellen, die üblicherweise von Kleidung bedeckt sind. Lediglich in eng begrenzten Ausnahmefällen kann eine Entstellung auch an üblicherweise von Kleidung bedeckten Körperstellen möglich sein. Erforderlich ist hierzu aber, dass selbst die Offenbarung im privaten Bereich die Teilhabe, etwa im Rahmen der Sexualität, nahezu ausschließen würde. Hierbei ist nicht das subjektive Empfinden der Betroffenen maßgeblich, sondern allein die objektiv zu erwartende Reaktion. Die Auffälligkeit muss evident abstoßend wirken (zum Ganzen: BSG, a.a.O. Rn. 18).

Â

Die Erheblichkeitsschwelle für eine krankheitswertige Entstellung wird im Übrigen nach der höchststrichterlichen Rechtsprechung in aller Regel bei Hautüberschüssen, wie sie nach einem erheblichen Gewichtsverlust infolge einer bariatrischen Operation verbleiben können und auch vorliegend bestanden haben, nicht erreicht (BSG, a.a.O., Rn. 18 m.w.N.; Urteil des Senats vom 03.07.2024, a.a.O.).

Â

Eine solche Entstellung vermag der Senat im Falle der Klägerin auch nach Inaugenscheinnahme der im Klage- und erneut im Berufungsverfahren vorgelegten Fotodokumentation vom 26.05.2021, die u.a. die Oberschenkel, das Gesäß und den Busen der Klägerin in jeweils unbekleidetem Zustand abbildet, nicht festzustellen. Zwar ist auf den Fotos erschlaffte Haut insbesondere an den Oberschenkeln und am Gesäß erkennbar. Davon, dass dieser optische Eindruck „evident abstoßend“ wirkte, vermag sich der Senat nicht zu überzeugen. Insoweit ist zu bedenken, dass zumindest das Gesäß und der Busen und regelmäßig auch die Oberschenkel im Alltag ohnehin von Kleidung verdeckt sind. Dies entspricht im Übrigen auch der Einschätzung beider erstinstanzlich gehörter Sachverständiger.

Â

Soweit die Klägerin sich selbst als entstellt empfindet, ist dies nicht maßgebend,

---

da es für die Bewertung der Entstellung nicht auf eine subjektive oder persönliche Einschätzung der Betroffenen ankommt (BSG, Urteil vom 10.03.2022, a.a.O., Rn. 17; Urteil des Senats vom 03.07.2024, a.a.O.).

Ä

3. Ein Anspruch auf Versorgung mit einer Oberschenkelstraffung besteht auch nicht deshalb, weil die Magenbypass-Operation zu Lasten der Beklagten durchgeführt wurde und die nunmehr im Streit stehenden Hautstraffungen notwendige Folge der infolge des Magenbypass eingetretenen Gewichtsreduktion wären.

Ä

Insbesondere kann hier die Rechtsprechung zum Anspruch auf eine Mamma-Augmentationsplastik nach einer Mastektomie nicht fruchtbar gemacht werden (so aber Sächsisches LSG, Urteil vom 31.05.2018 [L 1 KR 249/16](#), juris Rn. 70 f.; dazu mit Recht kritisch Knispel, NZS 2019, 401). Beide Fallgestaltungen sind nicht i.S.d. [Art. 3 Abs. 1 GG](#) miteinander vergleichbar (Urteil des Senats vom 03.07.2024, a.a.O.).

Ä

Der Anspruch einer Versicherten auf Versorgung mit einer Mamma-Augmentationsplastik nach einer Mastektomie etwa aufgrund eines Mammakarzinoms ist darin begründet, dass der Anspruch auf Krankenbehandlung durch ärztliches Handeln vorrangig darauf gerichtet ist, Erkrankte unter Wahrung ihrer körperlichen Integrität zu heilen; wird zur Behandlung in den Körper eingegriffen, ist dieser möglichst als Teil der einheitlichen ärztlichen Heilbehandlung wiederherzustellen (BSG, Urteil vom 08.03.2016 [B 1 KR 35/15 R](#), Rn. 18). Vorliegend geht es aber nicht darum, durch die Hautstraffung einen körperlichen Zustand wiederherzustellen, wie er vor Anlage des Magenbypass bestand (BayLSG, Urteil vom 13.08.2020 [L 4 KR 287/19](#), juris Rn. 33; ebenso oder ähnlich auch: Bayerisches LSG, Urteil vom 13.08.2020, a.a.O. Rn. 32; Schleswig-Holsteinisches LSG, Urteil vom 21.06.2022 [L 10 KR 178/17](#), juris Rn. 37 ff.; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 30.11.2021 [L 11 KR 2088/21](#); BayLSG, Urteil vom 04.12.2018, a.a.O. Rn. 69; Fahlbusch in jurisPK-SGB V, 4. Aufl. 2020, § 27 Rn. 77). Ziel einer bariatrischen Operation ist die Herbeiführung eines Gewichtsverlusts im Rahmen der Behandlung einer Adipositas. Eine Wiederherstellung des Zustandes vor dem Gewichtsverlust ist gerade nicht gewünscht. Es handelt sich gerade nicht um solche Fernwirkungen eines ärztlichen Eingriffs, die zur (weitgehenden) Wiederherstellung der körperlichen Integrität nach medizinisch notwendiger Entfernung eines Körperteils zulasten der gesetzlichen Krankenkassen weitere medizinische Eingriffe (wie etwa den Brustaufbau nach Mastektomie) rechtfertigen können. Allein hierzu verhält sich die von der Klägerin in Bezug genommene höchststrichterliche Rechtsprechung aber (vgl. auch BSG, Beschluss vom 02.01.2023 [B 1 KR 70/21 B](#), juris, Rn. 9).

---

Â

Auch das BSG geht im Ãbrigen offenbar davon aus, dass alleine die Tatsache, dass HautÃberschÃssen eine von der Krankenkasse bewilligte bariatrische Behandlung zugrunde liegt, nicht zu einem Anspruch auf deren operative Beseitigung fÃhrt (vgl. z.B.: BSG, Urteil vom 10.03.2022, [a.a.O.](#) Rn.Â 18, wo fÃr HautÃberschÃsse nach bariatrischen Operationen ausdrÃcklich nicht geprÃft wird, ob diese von der Krankenkasse bewilligt waren, sondern maÃgeblich nur auf die Frage der Entstellung abgestellt wird; des weiteren BSG, Beschluss vom 02.01.2023, [a.a.O.](#), Rn.Â 9, wo fÃr HautÃberschÃsse nach Strumektomie mit nachfolgender Gewichtsreduzierung eine Gleichsetzung mit der Rechtsprechung zum Brustaufbau nach Mastektomie nicht erwogen wird).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â 183, 193 Abs.Â 1 SGG](#).

Â

Anlass, gemÃÃ [Â§Â 160 Abs.Â 2 SGG](#) die Revision zuzulassen, besteht nicht.

Â

Erstellt am: 19.11.2024

Zuletzt verÃndert am: 23.12.2024